

Balkan

Das Unheil Europas

Der Frieden in Jugoslawien bleibt brüchig, großserbische Ansprüche sorgen für neue Unruhe im Balkanraum.

Dem niederländischen Außenminister Hans van den Broek, als Wortführer der EG-Troika auf den Balkan entsandt, um den jugoslawischen Bruderkrieg zu stoppen, fiel nach 16 Stunden Verhandlungen auf der Insel Brioni nur noch ein Vergleich aus der Geologie ein: „Wir fühlen uns, als hätten wir einen Vulkan zum Stillstand gebracht.“

Doch diese Hoffnung bleibt trügerisch. Vulkane lassen sich von Menschenhand nicht zum Stillstand bringen. Hört der eine Krater auf zu spucken, sucht sich die glühende Lava eine andere mürbe Stelle – so auch im unruhigen Vielvölkerstaat Jugoslawien. Der brüchige Friede, durch das Brioni-Abkommen über einen Waffenstillstand garantiert, hat das Leben in Slowenien in der vorigen Woche zwar halbwegs normalisiert: Die Panzersperren sind abgeräumt, die Waffen der Kriegsparteien ruhen dort vorerst.

Doch Sloweniens Verteidigungsminister Janez Janša, der Mann, der dem Bundesheer die erste Niederlage beigebracht hat, machte sein Volk mit einer Geheimrede seines Hauptwidersachers Blagoje Adžić bekannt. Der Generalstabschef der Jugoslawischen Volksarmee, als Scharfmacher bekannt, hatte vor 150 ausgesuchten Offizieren, Serben zumeist, eine Brandrede gehalten.

Kernpunkte der Haßtiraden des Ewiggestrigen: Die Einführung des Mehrparteiensystems sei für den Zerfall Jugoslawiens verantwortlich. Die „Zerstörer“ Jugoslawiens – gemeint sind die Republiken Slowenien und Kroatien – wollten mit Hilfe des Westens „die schlimmste Form des Kapitalismus“ einführen. Die Armee müsse sich „verstärkt auf die nächste Aktion vorbereiten“. Adžić schloß mit den unmißverständlichen Worten: „Das Feuer muß auf alle eröffnet werden, die Widerstand leisten oder sich unserer Aktion entgegenstellen.“

Staatspräsident Stipe Mešić, der Mann, dem zu allen Entscheidungen die Mehrheit im kollektiven Staatspräsidium fehlt, gab sich,



Verwundete kroatische Nationalgardisten*: Krieg gegen serbische Guerilla

auf die Putschrede des Generals angesprochen, gleichwohl optimistisch: „Mit dem heutigen Tag beginnt der Frieden in Jugoslawien.“

Davon kann vor allem in seiner kroatischen Heimat keine Rede sein. Der Heckenschützenkrieg zwischen aufständischen Serben und der kroatischen Nationalgarde, der schon seit Monaten tobt und bisher über 80 Tote gefordert hat, flammte auf, kaum daß in Slowenien die Waffen schwiegen.

Vor allem die fanatischen Tschetniks des serbischen Scharfmachers Vojislav Šešelj, 37, Soziologe und Anführer der radikalen „Partei der serbischen Erneuerung“, wüten in Slawonien, wo eine starke serbische Minderheit lebt.

Mit Kalaschnikows lieferten sie im Dorf Tenje den Kroaten ein mehrstündiges Gefecht, das 5 Tote und über 50 Verletzte kostete. Kurz danach plünderte die serbische Guerilla das kroatische Dorf Celje und brannte es nieder.

Aber auch Serben-Präsident Slobodan Milošević hat sich nach längerem Schweigen wieder zu Wort gemeldet. In einer Fernsehrede gab sich der gefürchtete Wolf, als hätte er Kreide gefressen: „Laßt Slowenien und Kroatien ziehen. Ich bin überzeugt, daß sich Jugoslawien ohne jene, die sich zum Verlassen des Landes entschieden haben, erfolgreicher entwickeln kann“, sprach der Zentralist über die Sezessionisten.

Schon im nächsten Satz machte er klar, daß seine durchsichtige Wende nur eine Finte war: „Serbien kann sich nicht vor einem Krieg schützen, wenn es auf diesen Krieg nicht vorbereitet ist.“ Krieg aber droht Serbien nur dann, wenn es Gebiete seiner Nachbarn mit Gewalt erobern will – Milošević träumt noch immer von einem Groß-Serbien.

In diesem Ziel, ein Serbenreich zu erzwingen, das große Teile der Republik Bosnien-Herzegowina umfaßt, bis vor die Tore der kroatischen Kapitale Zagreb und im Süden hinter die mazedonische Hauptstadt Skopje reicht, wird



Serbenführer Drašković, Šešelj: Politische Heckenschützen

* Nach den Kämpfen im Dorf Tenje in der vorigen Woche.

Der verrottete Sieg

RUDOLF AUGSTEIN

Frieden schaffen mit immer noch mehr Waffen, das ist, wie sich jetzt erweist, das Ergebnis des Krieges am Golf.

War er die Konfettiparaden wert? Nein, natürlich nicht. Viele Anti-Saddam-Krieger haben monatelang gelitten, 334 sind während der Kämpfe gefallen oder sonstwie zu Tode gekommen. Aber was zählen sie gegenüber Hunderttausenden von Zivilisten – Iraker, Kurden, Schiiten, Palästinenser –, die sich Saddam Hussein schließlich zum Führer nicht gerade erwählt haben? Ohne Beistand aus West und Ost wäre der Tyrann von Bagdad gar nicht in die Lage gekommen, die Öl-Boutique des Sabbah-Clans in Kuwait zu überfallen.

Doch der Mohr hatte, da das persische Haßobjekt Chomeini tot war, seine Schuldigkeit getan. Nun war Krieg Pflicht, obwohl man doch damit rechnen mußte, daß Saddam sich nicht anders verhalten würde als die niederländischen Geusen gegen die spanischen Fremdherrscher, als sie die Deiche durchstachen. Nach welcher Ratio hätte Saddam, dieser von West und Ost aufgepöpelte großarabische Tyrann, ein Ignorant dazu, seine Waffe, die entzündbaren Ölquellen, nicht einsetzen sollen? Die Folgen, übrigens auch anderer ökologischer Verbrechen, sind und bleiben unkalkulierbar.

So hat denn Wolfgang Altenburg, bis 1986 Generalinspekteur und damit höchster Soldat der Bundeswehr, am 12. Januar dieses Jahres ausgerufen: „Vermeidet diesen Krieg!“ Man hätte solche Ermahnungen lieber von noch in der Verantwortung stehenden Soldaten gehört. Aber es scheinen ja der amerikanische Generalstabschef Colin Powell und der Außenminister James Baker, beide aktiv im Dienst, derselben Ansicht gewesen zu sein, als es noch Zeit war.

Es gibt hier zwei Denkschulen. Die eine besagt, dem Aggressor, den man nachgerade ermutigt hatte, mußte – besonders in dieser instabilen Region ölreicher Regime – unter allen Umständen, auch um den Preis unvorhersehbarer Kriegsfolgen, Einhalt geboten werden, genau wie 1939 Hitler. Das Argument läßt sich immerhin hören.

Die andere Denkschule, die sich in der Region besser auskennt, hielt den großenwahnsinnigen Diktator,

der ja offensichtlich unter Druck stand, nicht für einen zweiten Hitler, sondern eher für einen zweiten Nasser, allenfalls, wegen seiner Grausamkeiten, für einen kleinen Stalin.

Die zweite sollte, zu unser aller Unglück, recht behalten. Zwar sind die Israelis einstweilen die Gewinner, aber man muß denn doch mit Napoleons Mutter Letizia hinzusetzen: „Pourvu que ça dure.“ Die Geisteshaltung Ariel Scharons und der religiösen Fanatiker, sie wird sich auf Dauer nicht behaupten.

Auch früher, wenn man Napoleon und Hitler ausnimmt, die beide nicht gewinnen konnten, war im Krieg „zuviel Zufall“. Auch früher hat man aus überwiegend innenpolitischen Gründen einen Krieg angefangen. Das schlimmste an der Moral der Amerikaner ist ihre Moral.

Konnte man sich 1914, ja, sogar noch 1939 mit dem Spruch beruhigen „C'est la guerre“, so ist jetzt Unruhe die erste Bürgerpflicht. Konnten bisher die Schrecken eines Krieges geheilt werden, so hinterläßt der Golfkrieg des George Bush eine Region mit unvorstellbaren Schäden.

Ihre Bevölkerung wird so behandelt, als hätte sie und nicht der waffenstarrende Norden sich Saddam Hussein ausgesucht. Dies war, wie Pérez de Cuéllar entschlossen bekanntgab, kein Krieg der Vereinten Nationen, sondern einer der USA und ihrer Hilfstruppen.

Der „Weltpolitist“, der dem UNO-Generalsekretär nicht geheuer ist und den es jetzt erst gibt, wird sich künftig nicht anders verhalten als andere Erstmächte auch. England und Frankreich trauern immer noch ihrer verlorenen Größe nach, man wird auf sie in einem friedenssichernden Sinne nicht zählen können.

Anders wir. Es mag für die Amerikaner befreiend sein, daß sie das „Trauma des Vietnamkrieges“ endlich überwunden haben – eines Krieges übrigens, den auch wir durch den Euro-Dollar mitfinanziert haben. Da aber am Golf wieder einmal aus der Hüfte geschossen wurde, wird das neue, mit mehr Verantwortung beladene Deutschland den nächsten Sheriff-Krieg nicht nur daraufhin zu prüfen haben, ob er die eigene Ölversorgung sichert oder die Bündnistreue in Frage stellt. Vielmehr: ob er die Menschheit ihrem Ende ein Stück näher bringt.

der Alt-Kommunist inzwischen von der serbischen Opposition rechts überholt.

Der Schriftsteller Vuk Drašković, 45, Führer der „Serbischen Erneuerungsbewegung“, hinter dem vor allem Studenten stehen, wirft Milošević seine kommunistische Vergangenheit vor. Der Serben-Rasputin forderte am vorigen Mittwoch erneut, die „roten Machthaber“ in Belgrad abzulösen. Der noch radikalere Šešelj diskutiert nicht mehr, sondern verläßt sich auf seine Heckenschützen.

Diese großserbischen Aspirationen haben in Skopje die Regierung der Republik Mazedonien in Panik versetzt und die seit 73 Jahren ungelöste „Mazedonien-Frage“ wieder auf die Tagesordnung gebracht: Gleich fünf Länder – Serbien, Bulgarien, Albanien, Griechenland und die Türkei – sind in den Streit um das bettelarme Land im Zentrum des Balkans involviert. Sie alle berufen sich auf die Geschichte.

Das einstige Alexander-Reich, das bis nach Indien reichte, war jahrhundertlang von den Türken besetzt, bevor es nach den Balkankriegen 1912/13 im Frieden von Bukarest zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland aufgeteilt wurde.

Die alten Bindungen aber blieben erhalten – trotz unterschiedlicher Ideologien, als Tito dem serbischen Teil, „Süd-Serbien“ genannt, nach dem Zweiten Weltkrieg den Status einer selbständigen Republik gab, mit eigener Schriftsprache und neu geschriebener Geschichte.

Seither träumen Chauvinisten in Skopje von der Wiederherstellung eines Groß-Mazedoniens. Es sollte sich vom Ohridsee bis zum Piringebirge erstrecken, einschließlich der „slawischen“ Gebiete von Nordgriechenland – sehr zum Unwillen von Athen.

Bei den ersten freien Wahlen im vorigen Jahr wurde die nationalistische „Demokratische Partei für die mazedonische nationale Einheit“ stärkste Fraktion im Parlament. Sie knüpft an die Tradition der berüchtigten Bombenleger zwischen den beiden Weltkriegen an. Die Nationalisten treten für den Austritt aus dem Vielvölkerstaat Jugoslawien ein, und sie sind – auf lange Sicht – für eine Vereinigung mit den abgetrennten mazedonischen Brüdern.

Die nationale Frage in Mazedonien wird zusätzlich durch eine starke albanische Minderheit im Westen kompliziert. Seit der Demokratisierung Albaniens fraternisierte diese mit der Regierung in Tirana und will auf keinen Fall, wie die Albaner im Kosovo, unter serbische Herrschaft geraten.

Die auseinanderdriftenden Interessen seiner Landsleute sucht Republik-Präsident Kiro Gligorov, 74, auszugleichen, ein Veteran aus der Partisanenzeit, der sich zum Reformkommunisten gemauert hat. Der Präsident befürchtet, daß

sich sein rückständiges Land als selbstständiger Staat nicht behaupten kann. Gligorov plädiert deshalb für ein Jugoslawien als „elastische Konföderation“.

Aber auch im Kosovo, wo seit drei Jahren serbisches Ausnahmerecht herrscht, begehren die unterdrückten Albaner auf. Ihr Führer, der Schriftsteller Ibrahim Rugova, schon mehrmals als „nationaler Aufrührer“ verhaftet, erklärte kürzlich: „Wenn sich Slowenien und Kroatien abtrennen, haben auch wir in Jugoslawien nichts mehr zu suchen.“

Über die Frage, ob Kosovo mit Albanien wiedervereinigt oder zu Serbien gehören soll, forderte Rugova ein Referendum. Wie das ausfallen würde, ist bei über 90 Prozent Albanern und nur 2 Prozent Serben voraussehbar. Vorige Woche kam es zu ersten Scharmützeln

im jugoslawischen Verband: Ganz Südosteuropa ist ein Pulverfaß, das ein einziger Funke, eine völkerrechtlich anerkannte territoriale Neugliederung, zur Explosion bringen könnte.

Denn der Balkan – seit Jahrhunderten Kampfplatz, Krisenherd und Durchzugsgebiet von mehr als zwei Dutzend Völkern – hat mit der türkischen und der ungarischen Herrschaft zwei Großreiche wachsen und wieder vergehen sehen, die Ansprüche zahlreicher Anlieger beim Aufteilen der Beute ertragen müssen. Kriege wurden für den Gewinn eines wertlosen Streifen Landes geführt und beim Friedensschluß am Verhandlungstisch wieder verspielt – auf Kosten von Millionen Toten.

US-Präsident Woodrow Wilson, der nach dem Ersten Weltkrieg an der Neuordnung von Südosteuropa maßgebend

die Unfähigkeit, kontroverse Standpunkte zu respektieren. Fast allen gemeinsam war ihr Los, von einer Militärdiktatur oder selbstherrlichen Monarchie in die Zwangsherrschaft des Kommunismus geraten zu sein.

Die rote Diktatur sorgte über 40 Jahre dafür, daß nationale Ansprüche in der dogmatisch befohlenen „Brüderlichkeit des Internationalismus“ aufgingen. Das war ganz im Sinne der Großmacht Sowjetunion, die nationale Diskussionen zum Tabu-Thema erklärt hatte – aus gutem Grund, wie sich heute zeigt.

Das gilt auch für Bulgarien, das ebenfalls in grauer Vorzeit ein Großreich war und fünf Kriege führte, um einen Zugang zur Ägäis, zum offenen Meer, zu bekommen – jedesmal vergebens.

Das nationale Problem der Demokraten, die heute in Sofia an der Regierung sind, ist nicht so sehr die mazedonische Minderheit: Mit den Nationalisten in Skopje, so hofft Sofia, läßt sich ein Arrangement finden. Das Problem sind die Türken.

Seit dem Ende der osmanischen Besatzungszeit leben über eine Million Türken im Westen des Landes. Die Regierung in Sofia behauptet, diese „Pomaken“ seien während der Türkenzeit islamisierte Bulgaren; die Regierung im türkischen Ankara hingegen hält sie für türkische Einwanderer und verlangt den Schutz ihrer Rechte.

In der kommunistischen Diktatur Todor Schiwkows durften die bulgarischen Moslems nicht einmal ihren moslemischen Namen behalten. Mehr als 300 000 verließen bis 1989 das Land in Richtung Türkei, ihrer vermeintlichen Heimat.

Aber Ankara hatte keine Wohnungen für sie, geschweige denn Arbeitsplätze. Enttäuscht kehrten über 100 000 zurück ins ungeliebte Bulgarien.

Nach der Wende kamen bei den ersten freien Wahlen auch 23 Abgeordnete einer türkisch-bulgarischen Partei ins Parlament von Sofia. Anfang Juni zogen sie jedoch enttäuscht wieder aus.

Ihr Sprecher Ahmed Dogan wirft der Regierung vor, an der Diskriminierung habe sich nichts geändert. In der neuen Verfassung fehle das Recht auf ethnische Selbstbestimmung und das Recht, in türkischer Sprache zu reden und zu schreiben.

Als die angegriffene Regierung in gemischtsprachigen Gebieten türkische Schulen eröffnen wollte, kam es in Sofia zu Massenprotesten aufgebracht Bul-



Polizeigewalt gegen Albaner im Kosovo (1989): Referendum gefordert

an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo.

Auch die serbischen Ansprüche auf die Vojvodina, Jugoslawiens Kornkammer, die erst 1920 von Ungarn zum jugoslawischen Königreich kam, werden in Frage gestellt. Der ungarische Premier József Antall erklärte vor einigen Tagen: „Die Vojvodina muß nicht ewig zu Serbien gehören.“

Auf der Welle der nationalen Empörung über das Schicksal der Auslandsungarn reitend, kritisierte Antall vor allem die primitive Assimilierungspolitik, die Belgrad gegenüber der halben Million Ungarn in der Vojvodina betreibt: Dort wurden ungarische Schulen und Zeitungen geschlossen.

Umstrittene Grenzen und nationalen Zwist gibt es auf dem Balkan nicht nur

beteiligt war, hatte zuvor erklärt, „Völker und Provinzen dürfen nicht länger von einer Staatsgewalt zur anderen hin- und hergeschoben werden“. Doch diese edle Absicht blieb eine Illusion: Nicht ein einziges der betroffenen Völker durfte über sein Schicksal selbst entscheiden.

Für die Neuaufteilung Südosteuropas, in manchen Fällen nach grotesken Kriterien vorgenommen, waren allein die geopolitischen Interessen der Siegermächte ausschlaggebend. In Einzelfällen entschied sogar, wer von den zahlreichen Lobbyisten bei den Friedensverhandlungen in den Pariser Vororten sympathischer wirkte.

Gemeinsam ist allen Völkern auf dem Balkan das Schicksal, keine demokratischen Erfahrungen zu haben; außerdem



garen: „Wir Bulgaren wollen nicht Sklaven der Türken sein“, schrien die Demonstranten. Die Regierung mußte das neue Gesetz auf Eis legen.

Inzwischen mischt sich auch der türkische Präsident Turgut Özal in den Streit ein. Özal verspricht Beistand – nicht nur in Bulgarien. Großsprecherisch verkündete er: „Das 21. Jahrhundert wird zum Jahrhundert der Türkei auf dem Balkan werden. Wie einst wird die Türkei ein großes Gewicht bekommen und die Führung der Moslem-Volksgruppen übernehmen.“

Was die Moslems den Bulgaren und Jugoslawen, sind die Ungarn den Rumänen: eine ungeliebte, mißtrauische beobachtete Minderheit, die das einstige, inzwischen entmachtete Herrschervolk zurückgelassen hat; eine Minorität mit einer anderen Religion, aber noch immer mit dem Bewußtsein von Besonderheit im Herzen.

Gleich dreimal in der jüngeren Geschichte wechselte in den Siedlungsgebieten Siebenbürgen und Banat die amtliche Hoheit und damit auch die Rolle zwischen Herr und Knecht – kein gutes Omen für ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde von den Siegermächten die Habsburger Doppelmonarchie Österreich-Ungarn aufgeteilt: Siebenbürgen und Banat, die

zu Ungarn gehört hatten, kamen an Rumänien. Die Vojvodina wurde Jugoslawien zugeschlagen, und die ebenfalls neugegründete Tschechoslowakei bekam einen Randstreifen entlang der gemeinsamen Grenze.

Die Nazis machten diese Aufteilung wieder rückgängig, aber nach dem von Deutschland verlorenen Krieg wurde der alte Zustand wiederhergestellt – Millionen von Menschen sahen sich auf der Landkarte hin- und hergeschoben.

Nicolae Ceauşescu, der Despot auf dem roten Thron von Bukarest, wollte keine Minderheiten in seinem national-kommunistischen Reich. Er hob die Autonomie, die den über zwei Millionen Ungarn zugestanden worden war, 1967 wieder auf und ließ alles Ungarische verbieten.

Nicht zufällig wurde der Widerstand gegen den Tyrannen ausgerechnet in Temesvár, der Hauptstadt des Banat, ausgelöst. Seither pochen die Ungarn in Rumänien darauf, die Sieger in der Revolution zu sein, „die das Land von dem Drachen befreiten“.

Von der neuen Regierung wurden die Minderheitenrechte weitgehend wiederhergestellt, ungarischer Unterricht und Zeitungen erlaubt; für die einen nicht genug, für die anderen schon zuviel. Im März vorigen Jahres gingen in der Kleinstadt Tirgu Mures fanatisierte Un-

garn und Rumänen mit Knütteln und Messern aufeinander los. Es gab acht Tote und zwei Dutzend Schwerverletzte.

Seither schüren Extremisten auf beiden Seiten den Haß. Die Ungarn kämpfen für den Wiederanschluß an das Mutterland, die Rumänen, vor allem die Anhänger der extrem fremdenfeindlichen Bewegung „Vatra Romaneasca“ (Rumänische Wiege) sind für die sofortige Deportation der „Landesverräter“.

Aber Rumänien hat auch noch ein Mehrheitenproblem – an der Grenze zur Sowjetunion. In Bessarabien, das 1940 auf Hitlers Druck an die Sowjetunion kam und heute zur Sowjetrepublik Moldawien gehört, sind noch immer 64 Prozent der Bevölkerung Rumänen.

Seit 1990 hat Moldawien seine Souveränität erklärt und Rumänisch als Amtssprache eingeführt – mit stillschweigender Duldung von Moskau, das genug Sorgen mit abspenstigen Republiken hat. Im Mai öffneten die Sowjets sogar für einen Besuchstag die bislang strikt abgeriegelte Grenze: Mehr als 50 000 Rumänen trafen sich mit ihren Landsleuten auf der anderen Seite.

Den Extremisten von der „Vatra Romaneasca“ reicht das nicht. Sie wollen Bessarabien und die Nord-Bukowina, die heute zur Ukraine gehört, heim ins Reich holen. „Bessarabien und Bukowina – zwei Tränen auf dem Antlitz Europas“, so titelte die chauvinistische Bukarester Zeitung *Romania Mare* (Groß-Rumänien).

Unerwartete Nationalitätenprobleme bekam sogar der Zweivölkerstaat ČSFR nach dem Erfolg seiner samtenen Revolution: Die Slowaken, die sich seit der gemeinsamen Staatsgründung nach dem Ersten Weltkrieg von den Tschechen benachteiligt fühlen, wollen Staatspräsident Václav Havel auf seinem Weg „zurück nach Europa“ nicht folgen.

Im Gegensatz zu Alexander Dubček, dem großen alten Mann des Prager Frühlings von 1968, der nach dem Revolutionssieg nur noch von „einer einzigen Sinfonie europäischer Gemeinsamkeit“ schwärmte, ziehen es, einer jüngsten Umfrage zufolge, 57 Prozent der Bürger vor, in getrennten Republiken zu leben.

Der Separatismus der Slowaken steckte inzwischen auch die Mähren an: Eine national gesinnte Minderheit fordert in Brünn die Aufteilung des gemeinsamen Staates in drei Teile mit einer „mährisch-schlesischen Autonomie“.

Probleme, welche die eher in supranationalen Kategorien denkenden Westeuropäer ratlos machen. Aber schon 1960 hat der deutsche Philosoph Karl Jaspers vor dem Nationalstaatsgedanken, den er „das Unheil Europas“ nannte, gewarnt: „Es ist die heute übermächtig zerstörende Kraft der Erde.“ ◀